



**Michael Kauch, MdB**  
Sprecher für Umweltpolitik  
sowie Palliativ- und Transplantationsmedizin,  
Vorsitzender des Bundesfachausschusses Soziales der FDP

## **Inhalt dieses Newsletters**

- 1) Gekämpft und gewonnen: Kiosk im Herner Bahnhof bleibt dank FDP erhalten**
- 2) Bosbach-Entwurf zur Regelung der Patientenverfügung ist keine Alternative**
- 3) Kauch zum Vizepräsidenten von GLOBE Europe gewählt**
- 4) Verbot von Nachtspeicherheizungen im Altbestand nicht akzeptabel**
- 5) Keine Klimaschutz-Subvention für Russland mit deutschen Steuergeldern**
- 6) Parlamentariergruppe und Kauch besuchen Zypern**
- 7) CSD-Kampagne 2008: FDP in 21 Städten vor Ort**
- 8) Aktuelle Pressemitteilungen**

---

### **1) Gekämpft und gewonnen: Kiosk im Herner Bahnhof bleibt dank FDP erhalten**

Seit Ende 2007 haben sich der Dortmunder Bundestagsabgeordnete Michael Kauch und der Vorsitzende der RVR-Fraktion, Thomas Nüchel, persönlich dafür eingesetzt, dass Annette Kaluza im Herner Bahnhof ihren Laden für Reisebedarf, Tabak und Lotto weiterhin betreiben darf, wie sie es seit mittlerweile 26 Jahren tut. Die Bahn-Tochter „Station&Service“ hatte den Pachtvertrag gekündigt, offenbar um Geschäfte großer Ketten zu stärken. „Hier macht ein Staatsmonopol den Mittelstand platt“, kritisierte Kauch und wendete sich in der Sache schriftlich an die zuständigen Konzernstellen in Berlin. Mit Erfolg: nun ist der Kampf gewonnen, der Einsatz der Liberalen für den Mittelstand hat sich gelohnt. Der topmodern ausgestattete Laden von Frau Kaluza wird in den kommenden Jahren im Herner Bahnhof gesichert existieren, der Pachtvertrag wurde jüngst von der Bahn um fünf Jahre verlängert.

## **2) Bosbach-Entwurf zur Regelung der Patientenverfügung ist keine Alternative**

Der in der vergangenen Woche der Öffentlichkeit vorgestellte Gesetzentwurf von Wolfgang Bosbach (CDU) und Kollegen, trifft auf die Kritik von Michael Kauch, dem Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion für Palliativmedizin.

Der Bosbach-Entwurf geht mit seinen hohen bürokratischen Hürden völlig an der Lebenswirklichkeit der Menschen vorbei. Selbst nach Zwangsberatung beim Arzt und Zwangsabschluss beim Notar ist zumindest in einem Teil der Fälle zusätzlich noch eine Überprüfung durch das Vormundschaftsgericht vorgesehen. Mit langen Verfahrensdauern ist zu rechnen, Verfügungen etwa zum Ausschluss von Wiederbelebungen in der Notfallmedizin werden damit zudem de facto unmöglich gemacht. Selbst notariell beurkundete Verfügungen sollen zudem wirkungslos bleiben, wenn sie in „Unkenntnis späterer medizinischer Entwicklungen abgegeben wurden, bei deren Kenntnis der Betroffene anders entschieden hätte“. Dies hat das Einfallstor für eine generelle Unwirksamkeit der Verfügungen geöffnet. Außerdem verursacht der Entwurf Mehrkosten für die gesetzlichen Krankenkassen, die künftig die Zwangsberatung bezahlen sollen.

Herr Bosbach hat schon im Vorfeld mit unterschiedlichen Mitteln versucht, eine neue gesetzliche Regelung der Patientenverfügung zu verhindern, das Verfahren verschleppt und eine Aufsetzung im Bundestag verzögert. Neben Kauch übten auch der Vorsitzende des Deutschen Ethikrats, Professor Schmidt-Jortzig, und Bundesjustizministerin Zypries teils harte Kritik am Bosbach-Entwurf.

## **3) Kauch zum Vizepräsidenten von GLOBE Europe gewählt**

Der umweltpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Michael Kauch, ist am 17. September in Brüssel zum Vizepräsidenten von GLOBE Europe gewählt worden. GLOBE (Global Legislators Organisation for a Balanced Environment) ist ein internationales Parlamentariernetzwerk, das sich derzeit vor allem für Klimaschutz und Biodiversität einsetzt. Im Hinblick auf die Schwerpunkte seiner zukünftigen Arbeit in der Organisation sagte Michael Kauch: „Wir werden den internationalen Parlamentariendialog für ein Post-Kyoto-Abkommen intensivieren. Außerdem wollen wir helfen, die Akzeptanz für eine wirksame Klimapolitik in den Parlamenten der östlichen EU-Mitgliedstaaten zu stärken.“

## **4) Verbot von Nachtspeicherheizungen im Altbestand nicht akzeptabel**

Im Rahmen der Debatte um die Änderung des Energieeinsparungsgesetzes sprach sich Michael Kauch klar gegen ein Verbot von Nachtspeicherheizungen im Altbestand aus. Die FDP-Bundestagsfraktion hält nichts davon, die Nachtspeicherheizung zum klimapolitischen Sündenbock zu machen. Ihr Verbot im Altbaubestand ist insgesamt nicht verhältnismäßig. Daran ändert auch die Zumutbarkeitsklausel in der geplanten Energieeinsparverordnung nichts. Denn die Frage, was eine angemessene Zeit ist, in der sich die Ersatzinvestition amortisieren muss, bleibt vage und offen für unterschiedliche Auslegung, kritisierte der Dortmunder Bundestagsabgeordnete. Das Verbot einzelner Technologien hält die FDP grundsätzlich für falsch. Daran ändern auch Förderprogramme nichts, die das Verbot abmildern sollen. Denn der ökologische Effekt des Verbots ist unklar. Für den Stromsektor gilt der Emissionshandel mit einer festen Obergrenze der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Das Verbot von Stromheizungen bringt daher keine CO<sub>2</sub>-Einsparung, verursacht jedoch immense Kosten für eine neue Heizungsanlage, die jetzt teilweise mit Steuergeldern aufgefangen werden sollen. Und viele der betroffenen Hausbesitzer werden auf hohen Kosten sitzen bleiben, obwohl sie über Jahre von der Politik in diese Technologie gelockt wurden.

## **5) Keine Klimaschutz-Subvention für Russland mit deutschen Steuergeldern**

Die FDP-Bundestagsfraktion hat jüngst im Unterausschuss der Deutschen Bundestages gefordert, die Mittel für den internationalen Klimaschutz tatsächlich auf Entwicklungsländer zu konzentrieren. Michael Kauch erklärte hierbei als zuständiger Fachpolitiker, dass es für die FDP nicht mehr akzeptabel ist, dass mit deutschen Steuergeldern Projekte in Russland finanziert werden. „Ein Land, dessen Einnahmen aus Öl und Gas kräftig sprudeln, kann wahrhaftig die

Gebäudesanierung in russischen Städten und das Energiekonzept für die olympischen Spiele in Sotchi selbst finanzieren. Es ist völlig inakzeptabel, wenn insbesondere die CDU/CSU-Fraktion diese Russland-Subventionierung im Bundeshaushalt beibehalten will.“ In der Ausschusssitzung forderte Kauch zudem, die Subventionierung der erneuerbaren Wärmeerzeugung durch ein marktwirtschaftliches Förderinstrument abzulösen. Das eingesparte Geld soll zur Senkung der Stromsteuer und somit zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger verwendet werden.

## 6) Parlamentariergruppe und Kauch besuchen Zypern

Michael Kauch reiste vom 20. bis 23. Oktober als Mitglied der deutsch-zyprischen Parlamentariergruppe nach Zypern. Dort traf Kauch den Präsidenten der Republik Zypern, Demtris Christofias, sowie Özdil Nami, den Chefunterhändler der türkisch-zyprischen Volksgruppe, UN-Missionsleiter Zerihoun und eine Reihe von Abgeordneten aller Parteien zu politischen Gesprächen. Im thematischen Mittelpunkt stand dabei die Frage nach der Wiedervereinigung der Insel. Die Gespräche darüber sieht der Dortmunder Bundestagsabgeordnete nunmehr in eine entscheidende Phase gekommen und fordert die Bundesregierung auf, den Druck auf die Türkei zu erhöhen, die zyprischen Volksgruppen allein über ihre Zukunft entscheiden zu lassen und die Bereitschaft zum Abzug ihrer Truppen zu signalisieren. Zudem müsse die Bundesregierung beiden Volksgruppen deutlich machen, dass ein Abkommen auf Zypern die Grundfreiheiten der EU nicht dauerhaft außer Kraft setzen darf. Neben einem aktuellen Einblick in die Verhandlungen zur Wiedervereinigung brachte die Reise interessante Erkenntnisse für die deutsche Innenpolitik. So zeigt das Beispiel Zypern sehr gut, wie man attraktive Unternehmenssteuern und einen niedrigen Stufentarif bei der Einkommensteuer mit Haushaltsüberschüssen verbinden kann.

## 7) CSD-Kampagne 2008: FDP in 21 Städten vor Ort

Mit der von Michael Kauch koordinierten Kampagne zu den Christopher-Street-Days (CSD) sind die Liberalen in diesem Jahr in 21 Städten präsent gewesen, darunter in NRW in Köln, Duisburg, Dortmund, Essen, Iserlohn, Düsseldorf und Bielefeld. Der Auftritt wurde zum fünften Mal von der Bundestagsfraktion, der Bundespartei und den JuLis organisiert. Zahlreiche Schwule und Lesben, aber auch alle an Bürgerrechtsfragen interessierte Bürgerinnen und Bürger konnten sich so über die wichtigsten parlamentarischen Initiativen der FDP informieren. Insgesamt wurden 70.000 Flyer und 100.000 Aufkleber verteilt. Die Auftritte der Kreisverbände wurden in diesem Jahr wieder durch die Vermittlung von FDP-Rednern sowie der Bereitstellung von Dekoration für die Parade-Wagen unterstützt. Michael Kauch war bei sechs Veranstaltungen im Einsatz.

## 8) Aktuelle Pressemitteilungen

Im Folgenden erhalten Sie eine Übersicht der Pressemitteilungen, die Michael Kauch als Abgeordneter in den vergangenen Wochen herausgegeben hat. Die vollständigen Texte finden unter [www.michael.kauch.de](http://www.michael.kauch.de) in der Rubrik Presse-Lounge/Pressemitteilungen.

- 29.10.2008 KAUCH: Nachhaltigkeit auch im Gesetzgebungsprozess verankern
- 24.10.2008 KAUCH: Druck auf die Türkei in der Zypern-Frage erhöhen
- 21.10.2008 KAUCH: Bosbach-Entwurf zur Patientenverfügung zu bürokratisch
- 16.10.2008 KAUCH/DÖRING: Experten befürworten Staatszielbestimmung zur Generationengerechtigkeit und schärfere Schuldengrenzen in der Verfassung
- 25.09.2008 KAUCH / GÜNTHER: Verbot von Nachtspeicherheizungen im Altbestand nicht akzeptabel
- 24.09.2008 KAUCH: Keine Klimaschutz-Subvention für Russland mit deutschen Steuergeldern!
- 12.09.2008 FDP-Fraktion beschließt Positionspapier zu Elektromobilität auf Herbstklausur

### Impressum

Michael Kauch, MdB  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel.: 030/227-70535  
Fax: 030/227-76535  
E-Mail: [michael.kauch@bundestag.de](mailto:michael.kauch@bundestag.de)  
Web: [www.michael-kauch.de](http://www.michael-kauch.de)

Sollten Sie zukünftig keinen Newsletter mehr erhalten wollen, schreiben Sie doch bitte eine formlose Email an folgende E-Mail-Adresse: [michael.kauch.ma03@bundestag.de](mailto:michael.kauch.ma03@bundestag.de)